



Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 40/2023

5. Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung der Unfallkasse Sachsen der
endgültigen Wahlergebnisse der dreizehnten So-
zialversicherungswahlen vom 5. Juli 2023..... A 630

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirt-
schaft Südwestsachsen (ZAS) über die öffentliche
Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit
Wirtschaftsplan 2024 vom 18. September 2023 A 632

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirt-
schaft Südwestsachsen (ZAS) zum Beschluss über
die Feststellung des Jahresabschlusses 2022 vom
18. September 2023 A 633

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region
Chemnitz über die 23. Sitzung des Planungsaus-
schusses vom 20. September 2023 A 636

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Gasver-
sorgung in Südsachsen“ über die öffentliche Aus-
legung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2024 vom 20. September 2023 A 637

Bekanntmachung des Sparkassenzweckverbandes
Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien über eine
öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung vom
20. September 2023 A 638

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverban-
des Oberlausitz-Niederschlesien zur erneuten Aus-
legung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2023
vom 5. Oktober 2023 A 639

Bekanntmachung des Abwasserverbandes Röder-
tal über die Feststellung und öffentliche Auslegung
des Jahresabschlusses 2022 vom 20. September
2023 A 640

Bekanntmachung des Abwasserverbandes Röder-
tal über die öffentliche Auslegung des Entwurfes
der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplanes
des Abwasserverbandes Rödertal für das Wirt-
schaftsjahr 2024 vom 20. September 2023 A 643

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung der Unfallkasse Sachsen der endgültigen Wahlergebnisse der dreizehnten Sozialversicherungswahlen

Vom 5. Juli 2023

Der Wahlausschuss der Unfallkasse Sachsen gibt das endgültige Wahlergebnis der dreizehnten Sozialversicherungswahlen bei der Unfallkasse Sachsen gemäß § 79 Absatz 3 SVWO bekannt:

In die Vertreterversammlung der Unfallkasse Sachsen sind gewählt:

- A) Aus der Wählergruppe der Arbeitgebervertreter (laufende Nummer, Name, Vorname, Geburtsjahr, Wohnort)
- a) als Vorsitzender der Vorschlagsliste des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
1	Dr. Müller, Ralf	1968	Dohna

^{*)} Der Vorsitz und die Stellvertretung wechseln jährlich zum 1. Oktober zwischen dem Vertreter der Versicherten und dem Vertreter der Arbeitgeber.

- b) als Mitglieder der Vorschlagsliste des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
2	Putz, Janet	1973	Großenhain
3	Staib, Michael	1977	Scheibenberg
4	Klepel, Peter	1959	Süptitz
5	Hölmüller, Jörg	1960	Bobritzsch-Hilbersdorf
6	Krüger, Sven	1973	Freiberg

^{*)} Die Landesvertreter/Landesvertreterinnen bestellt der Freistaat Sachsen.

- c) als Stellvertreter der Vorschlagsliste des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
1	Kohl, Franz-Heinrich	1956	Aue
2	Dr. Drechsel, Uwe	1958	Bad Elster
3	Nowotny, Swen	1971	Königswartha
4	Göbel, Jens	1964	Limbach
5	Jakobitz, Chris	1986	Mockrehna

6	Weise, Markus	1988	Bernstadt a. d. Eigen
---	---------------	------	-----------------------

^{*)} Die Landesvertreter/Landesvertreterinnen bestellt der Freistaat Sachsen.

- B) Aus der Wählergruppe der Versicherten (laufende Nummer, Name, Vorname, Geburtsjahr, Wohnort)

- a) als Vorsitzende der Vorschlagsliste der vereinten dienstleistungsgewerkschaft^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
1	Maier, Ute	1961	Dresden

^{*)} Der Vorsitz und die Stellvertretung wechseln jährlich zum 1. Oktober zwischen dem Vertreter der Versicherten und dem Vertreter der Arbeitgeber.

- b) als Mitglieder der Vorschlagsliste der vereinten dienstleistungsgewerkschaft

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
2	Tatz, Michael	1972	Freiberg
3	Barthel, Grit	1967	Leipzig
4	Langhof, Christian Joachim	1965	Lugau
5	Jung, Michael	1963	Chemnitz
6	Tedika-Rudat, Petra	1964	Zwickau
7	Hof, Frank	1962	Reinsdorf
8	Wittig, Petra	1970	Leipzig
9	Grabow, Daniela	1971	Dresden
10	Ficker, Claudia	1974	Aue-Bad Schlema

- c) als Stellvertreter der Vorschlagsliste der vereinten dienstleistungsgewerkschaft

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
1	Schrimpf, Cornelia	1965	Leipzig
2	Reichel, Frank	1959	Wernsdorf/OT Lampersdorf
3	Kriesten, Marco	1984	Zwickau
4	Fröhlich, Corina	1974	Zwickau
5	Maschke, Maik	1981	Kurort Oberwiesenthal
6	Schultz, Alexander	1969	Zwickau

7	Brandt, Martina	1968	Oelsnitz
8	Effenberger, Jessica	1995	Reinsdorf
9	Hertel, Jessica	1988	Zwickau
10	Sommermann, Heiko	1971	Leipzig
11	Loitzsch, Ina	1987	Dresden
12	Fischer, Jane	1992	Chemnitz

In den Vorstand der Unfallkasse Sachsen sind gewählt:

- C) Aus der Wählergruppe der Versicherten (laufende Nummer, Name, Vorname, Geburtsjahr, Wohnort)

- a) als Vorsitzender der Vorschlagsliste der vereinten dienstleistungsgewerkschaft^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
13	Schaller, Uwe	1966	Zwickau

- ^{*)} Der Vorsitz und die Stellvertretung wechseln jährlich zum 1. Oktober zwischen dem Vertreter der Versicherten und dem Vertreter der Arbeitgeber.

- b) als Mitglieder der Vorschlagsliste der vereinten dienstleistungsgewerkschaft

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
14	Lindner, Kerstin	1962	Meißen
15	Emmerlich, Matthias	1974	Niederwiesa
16	Klemm, Matthias	1968	Leipzig

- c) als Stellvertreter der Vorschlagsliste der vereinten dienstleistungsgewerkschaft

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
17	Kamolz, Sara	1987	Markkleeberg
18	Heyder, Silke	1969	Leipzig
19	Kropp, Manja	1982	Dresden
20	Schmidt, Michaela	1960	Zwickau

- D) Aus der Wählergruppe der Arbeitgebervertreter (laufende Nummer, Name, Geburtsjahr, Wohnort)

- a) als Vorsitzender der Vorschlagsliste des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
7	Rother, Ralf	1971	Wilsdruff

- ^{*)} Der Vorsitz und die Stellvertretung wechseln jährlich zum 1. Oktober zwischen dem Vertreter der Versicherten und dem Vertreter der Arbeitgeber.

- b) als Mitglieder der Vorschlagsliste des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
8	Hölzel, Angelika	1960	Neukirchen
9	Donhauser, Jan	1969	Dresden

- ^{*)} Die Landesvertreter/Landesvertreterinnen bestellt der Freistaat Sachsen.

- c) als Stellvertreter der Vorschlagsliste des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags^{*)}

Lfd. Nummer	Name, Vorname	Geb.-Jahr	Wohnort
10	Mocker, Dirk	1968	Thiendorf
11	Kade, Kati	1973	Pirna
12	Kunath, Kay	1973	Zschepplin

- ^{*)} Die Landesvertreter/Landesvertreterinnen bestellt der Freistaat Sachsen.

Die Begründung in der Vorschlagsliste der Wählergruppe der Arbeitgebervertreter nach § 52 Absatz 1a Satz 3 SGB IV wurde vom Wahlausschuss geprüft und akzeptiert.

Meißen, den 15. September 2023

Für den Wahlausschuss
Dr. Winter
Geschäftsführer
Vorsitzender des Wahlausschusses

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)
über die öffentliche Auslegung des Entwurfes
der Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan 2024**

vom 18. September 2023

Der Entwurf zur Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan 2024 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) liegt in der Zeit

Einsichtnahme öffentlich aus. Einwendungen gegen den Entwurf können vom 9. Oktober 2023 bis 26. Oktober 2023 erhoben werden.

vom 9. Oktober 2023 bis 17. Oktober 2023

während der Sprechzeiten in der Geschäftsstelle des ZAS,
Schlachthofstraße 12 in 09366 Stollberg, Zimmer 12 zur

Stollberg, den 18. September 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)
Michaelis
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) zum Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022

vom 18. September 2023

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen hat in ihrer Sitzung am 18. September 2023 den Beschluss Nr. 6/2023 über die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 gefasst. Der Beschluss wird gemäß § 34 Abs. 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung öffentlich bekannt gegeben.

Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022

Die Verbandsversammlung stellt den von der KJF GmbH geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 fest.

1. Feststellungen

1.1. Bilanzsumme	57.122.200,11 Euro
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf die Bilanzpositionen	
– Anlagevermögen	29.819.538,47 Euro
– Umlaufvermögen	19.806.065,17 Euro
– Rechnungsabgrenzungsposten	25.494,79 Euro
– Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.471.101,68 Euro
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf die Bilanzpositionen	
– Eigenkapital	0,00 Euro
– Rückstellungen	54.424.659,25 Euro
– Verbindlichkeiten	2.697.540,86 Euro
1.2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (–)	–3.296.436,64 Euro
1.2.1 Summe der Erträge	41.901.858,81 Euro
1.2.2 Summe der Aufwendungen	45.198.295,45 Euro

2.

Die Verbandsversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.296.436,64 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

3.

Für die aus den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2018 verbleibenden Verluste in Höhe von 8.483.333,46 Euro ist bei der Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung für den über die 3-Jahres-Frist gehenden Verlustvortrag zu beantragen.

4.

Die Verbandsversammlung beschließt für das Jahr 2022 eine Entnahme aus der vom Erzgebirgskreis übertragenen zweckgebundenen Rücklage für laufende Deponieaufwendungen in Höhe von 76.827,70 Euro.

5.

Die Verbandsversammlung beschließt, dass der Jahresüberschuss von 92.451,66 Euro, der im Betrieb gewerblicher

Art (BgA) im Wirtschaftsjahr 2022 erwirtschaftet wurde, den Gewinnrücklagen des BgA zuzuführen ist.

6.

Die Verbandsversammlung erteilt der Geschäftsleitung für das Jahr 2022 Entlastung.

Der bestellte Wirtschaftsprüfer für die überörtliche Prüfung hat am 27. Juni 2023 in seinem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk Folgendes bescheinigt:

„Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die Angaben zum Abfallaufkommen und zu den Abfallmengen im Abschnitt „Rechenschaftsbericht zum Wirtschaftsjahr 2022“ haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die oben genannten nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der

Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Abschnitt „Prüfungsurteile“ genannten, nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts zum Abfallaufkommen und zu den Abfallmengen.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen. Dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Verbandsversammlung für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Verbandstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des

Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Verbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben.
 - beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
 - ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Verbandstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
 - beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.
 - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbands.
 - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.
- Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Plauen, den 27. Juni 2023

KJF GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Schmidt
Wirtschaftsprüfer"

Der Jahresabschluss 2022 mit Lagebericht und Rechenschaftsbericht liegt in der Zeit vom 9. Oktober 2023 bis 17. Oktober 2023 in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 09366 Stollberg, Schlachthofstraße 12, während der Sprechzeiten öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Stollberg, den 18. September 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)
Michaelis
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die 23. Sitzung des Planungsausschusses

Vom 20. September 2023

Die 23. Sitzung des Planungsausschusses findet am Donnerstag, den 12. Oktober 2023, um 15:00 Uhr, im Kreistagssaal des Landratsamtes des Vogtlandkreises, Postplatz 5, 08523 Plauen, statt.

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Feststellung der Niederschrift der 22. Sitzung des Planungsausschusses am 10. April 2018 in Reichenbach im Vogtland
3. Raumordnungsplan Wind; Beratung der Unterlagen und Beschlussempfehlung für die Durchführung der Beteiligung nach § 9 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes und § 8 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 6 Absatz 1 des Landesplanungsgesetzes

4. Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA)

5. Informationen, Bekanntgaben, Anfragen, Sonstiges

5.1 2. Entwurf Änderung Regionalplan Ostthüringen

5.2 Teilfortschreibung Erneuerbare Energien Regionalplan Leipzig-West Sachsen

5.3 FRL RegioPlan

5.4 Regionalplanertagung

Auf Grund der Größe des Sitzungsortes wird die Teilnehmerzahl der Sitzung auf insgesamt maximal 75 Personen beschränkt; die Kapazität für die Öffentlichkeit wird auf 50 Plätze begrenzt.

Weitere Informationen sind auf der Homepage des Planungsverbandes Region Chemnitz (www.pv-rc.de/cms/sitzungskalender.php) eingestellt. Für den Fall, dass sich im Vorfeld der Sitzung noch aktuelle Informationen ergeben, werden diese an gleicher Stelle bekanntgegeben.

Zwickau, den 20. September 2023

Planungsverband Region Chemnitz
Dirk Neubauer
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“
über die öffentliche Auslegung des Entwurfs
der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024**

Vom 20. September 2023

Aufgrund von § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wird der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“ in der Zeit

vom 5. Oktober bis einschließlich 16. Oktober 2023

öffentlich in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Markt 1, Zimmer R303 in 09618 Brand-Erbisdorf zu den üblichen Dienstzeiten ausgelegt.

Einwohner und Abgabepflichtige haben für die Dauer von 14 Arbeitstagen die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Diese Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt.

Chemnitz, den 20. September 2023

Zweckverband „Gasversorgung in Südsachsen“
Dr. Antonow
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Sparkassenzweckverbandes
Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien
über eine öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung**

Vom 20. September 2023

Gemäß § 18 in Verbindung mit § 6 Absatz 5 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien wird bekannt gegeben, dass

am Mittwoch, dem 29. November 2023, um 13:30 Uhr, in der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, im Blauen Salon (3. OG), Berliner Straße 64, in 02826 Görlitz eine öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien stattfindet.

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Bestätigung der Tagesordnung und Bestimmung des Schriftführers
2. Bestätigung der Niederschrift über die Sitzung vom 1. November 2022
3. Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien für das Geschäftsjahr 2022
4. Abführung des Jahresüberschusses 2022 der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien an die Träger
5. Sonstiges

Görlitz, den 20. September 2023

Sparkassenzweckverband Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien
Octavian Ursu
Oberbürgermeister der Stadt Görlitz und Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien zur erneuten Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2023

Vom 20. September 2023

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2023 einschließlich Haushaltsplan wird gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in dem Zeitraum vom

6. Oktober 2023 bis einschließlich 16. Oktober 2023

an sieben Arbeitstagen erneut öffentlich ausgelegt und kann in den Behörden

- Verbandsverwaltung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien, Löbauer Straße 63, Raum 120, 02625 Bautzen
Sprechzeiten:
 - Montag bis Mittwoch 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr, 14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
 - Donnerstag 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr, 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
 - Freitag 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr
- Landratsamt Bautzen, Standort Kamenz, Bürgeramt, Zimmer E 41, Macherstraße 55, 01917 Kamenz
Sprechzeiten:
 - Montag, Mittwoch und Freitag 8:30 Uhr bis 13:00 Uhr
 - Dienstag und Donnerstag 8:30 Uhr bis 18:00 Uhr

- Landratsamt Görlitz, Bürgerbüro, Bahnhofstraße 24, 02826 Görlitz
Sprechzeiten:
 - Montag, Mittwoch und Freitag 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr
 - Dienstag und Donnerstag 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr, 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr

eingesehen werden.

Bis zum Ablauf des 14. Arbeitstages nach dem Beginn der Auslegung können Einwendungen erhoben werden. Diese sind bis zum **25. Oktober 2023** an den Regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, Löbauer Straße 63, 02625 Bautzen, zu richten. Über fristgemäß erhobene Einwendungen beschließt die Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung.

Bei der Abgabe von Einwendungen werden personenbezogenen Daten (zum Beispiel Name und Anschrift), die allein zum Zweck der Durchführung des Verfahrens notwendig und erforderlich sind, erhoben. Die Rechtsgrundlage der Datenerhebung bilden die Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) vom 23. Mai 2018, Artikel 6 Absatz 1 lit. e und § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite unter <https://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de/impressum/datenschutzerklaerung.html>.

Bautzen, den 20. September 2023

Regionaler Planungsverband
Oberlausitz-Niederschlesien
Dr. Meyer
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Abwasserverbandes Rödertal über die Feststellung und öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses 2022

Vom 20. September 2023

Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Rödertal hat in ihrer Sitzung am 15. September 2023 den Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2022 beschlossen:

Beschluss:

Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss auf den 31.12.2022 des Abwasserverbandes Rödertal auf der Grundlage des Prüfberichtes der LiSka Treuhand GmbH, Sitz in Dresden fest:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	21.182.694,72 €
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	– das Anlagevermögen	20.448.763,49 €
	– das Umlaufvermögen	733.931,23 €
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	– das Eigenkapital	291.104,39 €
	– die empfangenen Ertragszuschüsse	20.235.463,02 €
	– die Rückstellungen	351.985,69 €
	– die Verbindlichkeiten	301.992,72 €
1.2.	Jahresüberschuss	2.148,90 €
1.2.1	Summe der Erträge	1.656.949,08 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	1.654.800,18 €
2.	Behandlung des Jahresüberschusses in Höhe von	2.148,90 €
	zum Vortrag auf neue Rechnung	
3.	Der Jahresabschluss wird auf den 31.12.2022 festgestellt.	

Bestätigungsvermerk der LiSka Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft:

An den Abwasserverband Rödertal

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Abwasserverbandes Rödertal – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Abwasserverbandes Rödertal für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Eigenbetriebe geltenden landes- und handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember

2022 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Eigenbetriebe geltende landes- und handelsrechtliche Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der

Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen

angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, 30. Juni 2022

BHB Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Der Jahresabschluss liegt gemäß § 34 Absatz 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung im Rathaus Ottendorf-Okrilla, Radeburger Str. 34 und in der Landeshauptstadt Dresden, Örtliche Verwaltungsstelle Langebrück/Weixdorf,

Rathausplatz 2, 01108 Dresden in der Zeit **vom 13. Oktober 2023 bis 23. Oktober 2023** während der Dienstzeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Ottendorf-Okrilla, den 20. September 2023

Abwasserverband Rödertal
Pfeiffer
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Abwasserverbandes Rödertal
über die öffentliche Auslegung
des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplanes
des Abwasserverbandes Rödertal für das Wirtschaftsjahr 2024**

Vom 20. September 2023

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung wird hiermit die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplanes des Abwasserverbandes Rödertal für das Wirtschaftsjahr 2024 bekannt gemacht.

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplanes 2024 des Abwasserverbandes Rödertal liegen im Zeitraum vom

13. Oktober 2023 bis 2. November 2023

im Rathaus der Gemeinde Ottendorf-Okrilla, Radeburger Straße 34 und in der Landeshauptstadt Dresden, örtliche

Verwaltungsstelle Langebrück/Weixdorf, Rathausplatz 2, 01108 Dresden während den Dienstzeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Für die Dauer von 14 Arbeitstagen, besteht die Möglichkeit, Einwendungen gegen diesen Entwurf zu erheben. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt.

Einwendungen können schriftlich beziehungsweise zu Protokoll bei der Gemeindeverwaltung Ottendorf-Okrilla vorgebracht werden.

Abwasserverband Rödertal
Pfeiffer
Verbandsvorsitzender

Stellenausschreibungen

Beim **Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße** in Kodersdorf, Landkreis Görlitz, ist die Stelle der/des

hauptamtlichen Verbandsvorsitzenden (m/w/d)

wegen Ablauf der Amtszeit des Stelleninhabers zum 26. April 2024 neu zu besetzen.

Der Amtsinhaber stellt sich nicht zur Wiederwahl.

Zum Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße gehören die Mitgliedsgemeinden Horka, Neißeau, Kodersdorf und Schöpstal mit insgesamt rund 8 200 Einwohnern. Der Sitz der Verwaltung des Verwaltungsverbandes ist in der Mitgliedsgemeinde Kodersdorf, Straße der Freundschaft 1 in 02923 Kodersdorf.

Der Verbandsvorsitzende wird gemäß § 20 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit als hauptamtlicher Beamter auf Zeit durch die Verbandsversammlung gewählt. Die Amtszeit beträgt 7 Jahre.

Die Wahl findet am 31. Januar 2024 statt.

Die öffentliche Vorstellung aller Bewerber ist im Rahmen einer Verbandsversammlung am 29. November 2023 in der Aula der Oberschule Kodersdorf geplant.

Wählbar zum Verbandsvorsitzenden sind deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes und Staatsangehörige anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die das 18. Lebensjahr, aber noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben und die allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit erfüllen.

Gesucht wird eine Führungskraft, die für das Amt die erforderliche persönliche und fachliche Eignung, Befähigung und notwendige Sachkunde besitzt.

Die/der Bewerberin/Bewerber sollte eine entscheidungsstarke und verantwortungsbewusste Führungspersönlichkeit sein, welche die Mitarbeiter motivierend führt und die Verwaltung als modernes Dienstleistungsunternehmen fachlich versiert, wirtschaftlich und leistungsorientiert leitet.

Analytische Fähigkeiten sowie ein sicheres Auftreten und die Bereitschaft zur vertrauensvollen und loyalen Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern, den politischen Gremien sowie den Bürgerinnen und Bürgern des Verwaltungsverbandes Weißer Schöps/Neiße sind wesentliche Voraussetzungen, die erwartet werden.

Neben den fundierten Fachkenntnissen auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung wäre eine kommunalpolitische sowie langjährige Führungserfahrung wünschenswert.

Wir bieten eine Bezahlung nach den Regelungen des Sächsischen Beamtengesetzes. Entsprechend den Vorschriften für kommunale Wahlbeamte im Abschnitt 2 des Sächsischen Besoldungsgesetzes ist die Stelle mit der Besoldungsgruppe A 14 bewertet. Daneben wird eine Dienstaufwandsentschädigung für kommunale Wahlbeamte gewährt.

Ihre aussagefähige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien) richten Sie bitte im verschlossenen Umschlag bis zum **27. Oktober 2023** an den:

Verwaltungsverband
Weißer Schöps/Neiße
„Wahl des Verbandsvorsitzenden“
z. Hd. Verbandsvorsitzender Herrn Torsten Hänsch
Straße der Freundschaft 1
02923 Kodersdorf
oder per Mail an die E-Mail-Adresse:
t.haensch@vvwsn-mail.de

Aufwendungen im Zusammenhang mit der Bewerbung werden nicht erstattet.

Für den Fall des Rücksendewunsches Ihrer Bewerbungsunterlagen bitten wir Sie um Mitgabe eines ausreichend frankierten Briefumschlages.

Für Rückfragen steht Ihnen der Verbandsvorsitzende Herr Hänsch unter der Nummer 035825/70011 zur Verfügung.

Bitte senden Sie uns nur Kopien Ihrer Unterlagen zu, da sämtliche Unterlagen nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens datenschutzkonform vernichtet werden.

Mit Ihrer Bewerbung erklären Sie sich mit der Speicherung der personenbezogenen Daten für die Dauer des Bewerbungsverfahrens einverstanden.

Die Bewerbungsunterlagen werden den Mitgliedern der Verbandsversammlung und den Gemeinderatsmitgliedern zum Zwecke der Beurteilung zur Einsicht gegeben.

Bewerberinnen/Bewerber, die diesbezüglich Einschränkungen machen möchten, müssen dies in ihrer Bewerbung kennzeichnen.

Die Berufsakademie Sachsen zählt mit den Hochschulen zu den Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches. Voraussichtlich zum 1. Januar 2025 wird die Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule Sachsen umgewandelt. Sie führt Studierende in dreijährigen praxisintegrierten dualen Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science, Bachelor of Engineering oder Diplom-Ingenieur (BA). Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an der Berufsakademie Sachsen und die praktischen Studienabschnitte bei einem anerkannten Praxispartner realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Dresden** ist folgende Stelle **zum nächstmöglichen Zeitpunkt** zu besetzen:

**Professor für Betriebswirtschaft (m/w/d)
insbesondere Rechnungswesen
und Unternehmensberichterstattung
(Entgeltgruppe E 15 TV-L, Vollzeit, unbefristet)
Kennziffer DD 07/2023**

Aufgabenprofil:

Die Stelleninhaberin/der Stelleninhaber hat in der Lehre schwerpunktmäßig Lehrveranstaltungen in den Bereichen

- externe Unternehmensrechnung,
- Jahresabschlussanalyse/Bilanzpolitik und
- Nachhaltigkeitsberichterstattung zu übernehmen.

Der Einsatz ist in allen Studiengängen im Studienbereich Wirtschaft vorgesehen.

Ergänzend sind weiterführende fachspezifische Kenntnisse in **mindestens einem** der folgenden Bereiche erforderlich und nachzuweisen:

- Management Accounting,
- nichtfinanzielle Berichterstattung und
- digitale Geschäftsprozesse in der Finanzberichterstattung und der Besteuerung.

In der inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung sowie zur effizienten Gestaltung der wissenschaftlichen und praktischen Studienphasen sind ausgeprägtes fachdidaktisches Geschick, fachpraktische Erfahrungen als kompetenter Gesprächspartner für die dualen Praxispartner sowie Erfahrungen und Kenntnisse bei der Betreuung von Studierenden und in der Organisation von Studienabläufen erforderlich. Konzeptionelle Fähigkeiten zur Weiterentwicklung von Studienangeboten, hohes Interesse an Zukunftsthemen sowie Engagement und Einsatzfähigkeit für die Weiterentwicklung des strategischen Kompetenzfeldes „Digitale Transformation“ werden vorausgesetzt.

Alle Bewerber_innen müssen die Einstellungsvoraussetzungen nach § 17 Absatz 1 des Sächsischen Berufsakademiegesetzes erfüllen:

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes,
2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, hochschuldidaktische Qualifikationen und durch eine Probeveranstaltung (Probenvortrag, Probelehrveranstaltung) nachgewiesen wird,
3. besondere **Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit**, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird und
4. besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden in einer **mindestens fünfjährigen, einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre au-

ßerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Der Arbeitsort ist die **Staatliche Studienakademie in Dresden**. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Art und Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 602).

Die Vergütung dieser Stelle erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der **Entgeltgruppe E 15**. Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis.

Die Berufsakademie Sachsen begrüßt ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Auf die bevorzugte Berücksichtigung von Schwerbehinderten bei Vorliegen gleicher Qualifikation und Eignung wird geachtet. Schwerbehinderte und/oder ihnen gleichgestellte Bewerber_innen, die die oben genannten Voraussetzungen erfüllen, werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Es wird gebeten, den Nachweis über die Gleichstellung beziehungsweise die Schwerbehinderung den Bewerbungsunterlagen beizufügen.

Sind Sie interessiert und überzeugt, dass Sie über die genannten Voraussetzungen verfügen?

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs, der fachpraktischen Berufserfahrung und Lehrtätigkeit) sowie Kopien von Urkunden über akademische Grade, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen und Veröffentlichungen und zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind mit Angabe der **Kennziffer DD 07/2023** bis zum **28. Oktober 2023**

online an: direktion.dresden@ba-sachsen.de
Bitte verwenden Sie **eine PDF-Datei** (**maximal 10 MB**) für Ihre Online-Bewerbung mit folgender Kennzeichnung:
DD-UB_07_23-Name-Vorname.

oder postalisch an folgende Adresse zu richten:

Berufsakademie Sachsen
Staatliche Studienakademie Dresden
Sekretariat der Direktion
Hans-Grundig-Straße 25
01307 Dresden

Wichtige Hinweise

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

Wir bitten darum, alle für die Bewerbung erforderlichen Unterlagen und Nachweise (zum Beispiel Abschlusszeugnisse, qualifizierte Arbeitszeugnisse, Beurteilungen und so weiter) zunächst lediglich in Kopie einzureichen und von Mappen abzusehen. Erforderliche beglaubigte Kopien von Urkunden über akademische Grade werden gegebenenfalls nachgefordert. Die online übermittelten Unterlagen werden

nach Abschluss des Auswahlverfahrens nach Vorgaben des Datenschutzes vernichtet und nicht zurückgesandt.

Die Vorlesungen an der Berufsakademie Sachsen werden hauptsächlich in deutscher Sprache gehalten, daher wird bei Bewerbungen in einer anderen Sprache um eine deutsche Übersetzung gebeten.

Bei einem ausländischen Hochschulabschluss beziehungsweise akademischen Grad ist auf Anforderung die

Vorlage einer Zeugnisbewertung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) notwendig.

Bitte beachten Sie weiterhin, dass die Eingangsbestätigung ausschließlich per E-Mail versandt wird.

Bewerbende, die sich bereits in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zum Freistaat Sachsen befinden, werden gebeten, ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

Die **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland** beabsichtigt, in der Abteilung Büro des Oberbürgermeisters die Stelle

Abteilungsleiter Büro des Oberbürgermeisters (m/w/d)

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Wir suchen ...

... eine zielstrebige, fachlich kompetente und belastbare Persönlichkeit mit einem hohen Maß an Engagement und Eigeninitiative sowie Durchsetzungsvermögen.

Zu Ihren Aufgaben gehören im Wesentlichen:

- Führung der Abteilung Büro des Oberbürgermeisters
- Konzeption der städtischen Beteiligungspolitik, unter anderem Erarbeitung von Gesamtkonzepten zwischen Stadt und Gesellschaften, Beratung des Oberbürgermeisters, beratendes Mitglied für die Stadt Reichenbach in Vertretung des Oberbürgermeisters in den Gremien der Beteiligungen
- Koordination von Vertragsangelegenheiten zwischen Stadt und Gesellschaften
- Betriebswirtschaftliches Beteiligungs-/Trägercontrolling, dabei regelmäßige Informationen, Abstimmung und Beratung
- Mitwirkung beim Berichtswesen für Rat und Ausschüsse, zum Beispiel Darstellung der wirtschaftlichen Lage der städtischen Beteiligungen
- Auswertung der Berichte der Prüfungsinstitutionen
- Vorbereitung und Teilnahme von Sitzungen des Ältestenrates, der städtischen Gremien insbesondere des Stadtrates sowie Kontrolle des Sitzungsverlaufes
- Formelle und materielle Prüfung der Protokolle
- Planung, Koordinierung und Überwachung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Verwaltungsgemeinschaft und der Ortschaftsräte
- Ansprechpartner für die Ortsteile
- Haushaltsplanung und -überwachung für die gesamte Abteilung
- Abstimmung der Investitionsmaßnahmen
- Prüfung und Unterzeichnung aller Anordnungen
- Einrichtung und Betrieb einer internen Meldestelle gemäß Hinweisgeberschutzgesetz und sonstiger gesetzlicher Vorgaben sowie Funktion als Ansprechpartner für die Verwaltung
- Antikorruptionsbeauftragter für die Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland, unter anderem Ansprechpartner in Verdachtsfällen, Schulung und Belehrung der Beschäftigten

Wir erwarten:

- Abschluss im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst (AL II-Abschluss oder Verwaltungsfachwirt) oder Hochschulabschluss im Bereich Verwaltungs-, Betriebswirtschaft, Recht, Journalistik oder adäquater Studienabschluss

- Organisationstalent, Verhandlungsgeschick sowie ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Umfassende, mehrjährige Verwaltungserfahrung, insbesondere in der Gremienarbeit sowie Erfahrung in der Leitung und Führung von Mitarbeitern
- Ausgeprägte Managementfähigkeiten, selbstständige, strukturierte und ergebnisorientierte Denk- und Arbeitsweise und verantwortungsbewusste Arbeitseinstellung
- Hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Flexibilität
- Fundierte PC-Kenntnisse, sichere Anwendung von MS-Office-Produkten
- Bereitschaft für flexible Arbeitszeiten sowie zur Arbeit in den Abendstunden, an Wochenenden und Feiertagen (vereinzelt bedingt durch Veranstaltungen, Gremiensitzungen)
- Bereitschaft zu selbstständiger Fort- und Weiterbildung
- Führerschein Klasse B

Wir bieten:

- Einen anspruchsvollen und verantwortungsvollen Arbeitsplatz in einem gewachsenen Team unserer Verwaltung
- Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden
- Eingruppierung erfolgt nach EG 11 TVöD
- Probezeit 6 Monate
- Fachspezifische Weiterbildungsmöglichkeiten
- Betriebliche Altersvorsorge
- Gleitende Arbeitszeit

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Bewerbungen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Qualifizierungsnachweisen, Arbeitszeugnissen und Beurteilungen **bis zum 25. Oktober 2023** an

**Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland,
Stabsstelle, Abt. Hauptverwaltung/Personalwesen,
Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland,
E-Mail: personalwesen@reichenbach-vogtland.de**

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir als Einrichtung des öffentlichen Dienstes für die Teilnahme an Eignungstests und Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten können.

Datenschutzhinweise: Mit Ihrer Bewerbung willigen Sie ein, dass Ihre Daten bis zur Beendigung des Auswahlverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.reichenbach-vogtland.de unter der Rubrik Service/Datenschutz.

